

## LEITARTIKEL

Putins Jahresbotschaft

## Unfähig zur Selbstkritik



VON ELKE WINDISCH

Man könnte es peinlich nennen, womöglich auch tragisch. Als Wladimir Putin in dem mit byzantinischem Prunk ausgestatteten Georgensaal des Großen Kremlpalastes in Moskau seine Jahresbotschaft an das Parlament verlas, lobte der russische Präsident seine Ukraine-Politik als richtig. Den Russland-Beitritt der Schwarzmeerhalbinsel Krim wollte er dabei ausdrücklich einbezogen wissen. Für Kritik des Westens, der von Annexion spricht und Moskau zudem vorwirft, die pro-russischen Separatisten in der Ostukraine hochzurüsten, zeigte sich der Kremlichef unempfindlich und keilte zurück: Die Probleme wären vermeidbar gewesen, alle Streitfragen hätten durch Dialog geklärt werden können.

Dialog indes setzt die Bereitschaft voraus, einander zuzuhören, und einen Plan für das Krisenmanagement, der allen Akteuren Kompromisse abverlangt. Russland indes, und das machte Putin deutlich, sieht sich nicht als Teil des Konflikts, sondern gar als Vermittler. Auf ein Versöhnungsangebot

an Kiew und konstruktive Vorschläge zur Überwindung der Gewalt warteten westliche Beobachter vergeblich. Auch gegenüber Europa und vor allem den USA hält Putin an seinem harten Kurs fest und spricht immer wieder davon, Russland habe das Recht, souverän zu handeln.

Souveränität bedeutet, Entscheidungen nach eigenem Ermessen fällen zu können und ist daher ein unverzichtbares Attribut von Eigenstaatlichkeit. Doch diese souveränen Entscheidungen müssen sich innenpolitisch an den Normen von Rechtsstaatlichkeit orientieren und außenpolitisch an denen des Völkerrechts, auf dessen Einhaltung Russland bisher bei allen größeren internationalen Krisen bestand. Im Fall der Ukraine hat Russland aber das Völkerrecht gebrochen. Die Ukraine-Krise ist inzwischen die mit Abstand gefährlichste seit Ende des Zweiten Weltkriegs und hat das Zeug, die globale Sicherheitsarchitektur aus den Angeln zu heben, auf der die

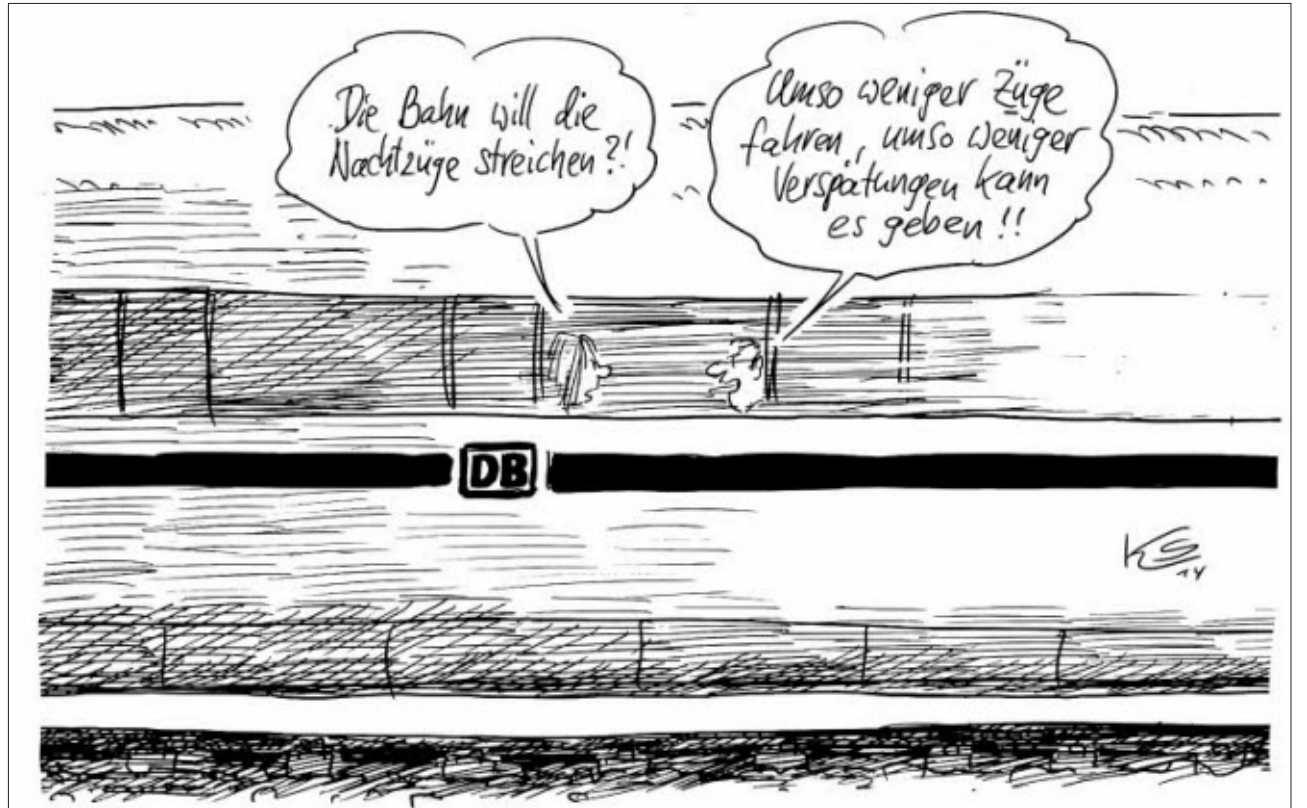
längste Friedensperiode in der jüngeren Geschichte Europas beruht.

Und sie vertieft die wirtschaftlichen Probleme Russlands, das nach zwei Jahren Stagnation in die Rezession schlittert. Die Modernisierungspartnerschaft mit dem Westen, die das von Rohstoffexporten abhängige Russland fit für die postindustrielle Gesellschaft machen sollte, hat sich mit den Sanktionen für überschaubare Zeiträume erledigt. Das gilt auch für die Möglichkeit, den Verfall der Ölpreise und die daraus resultierenden Steuerausfälle durch Abgaben von Dienstleistungs- und Hochtechnologie-Konzernen zu kompensieren. Akut gefährdet sind auch die kostspieligen Sozialprogramme, mit denen Putin bisher bei Wahlen Quoten einfuhr, von denen westliche Politiker nicht einmal zu träumen wagen.

Dennoch porträtierte er Russland nun als das Land der Träume. Schon in vier Jahren werde es überdurchschnittliches Wachstum geben. Wie das Wunder bewerkstelligt werden soll, wenn für die Anschub-

finanzierung die Mittel fehlen, blieb der Phantasie der Zuhörer überlassen. Doch Putin fehlt womöglich nicht nur ein konkreter Plan, sondern auch ein unabhängiger kritischer Begleiter. Ein Defizit, an dem der Kremelherrscher selbst die Schuld trägt. Empfindlich für Kritik, verbannte er Querdenker aus seiner Umgebung und nahm traditionelle Medien – vor allem die elektronischen – sowie die Zivilgesellschaft an die kurze Leine. Kritiker flüchteten ins Internet, mit dem Putin nicht viel am Hut hat. Dadurch aber entgehen ihm Schwingungen der Volkseele. Mehr noch: Wissen ist Macht und Informationen sind, auch wenn sie von Kritikern stammen, Voraussetzung für konsensfähige politische Konzepte. Selektive Wahrnehmung der Realität dagegen führt zu Fehlentscheidungen. Fehlentscheidungen von Staatschefs, zumal von Führern einer Großmacht wie Russland, haben tragische Konsequenzen für das Schicksal von Millionen Menschen.

Der russische Präsident zeigt Anzeichen eines Realitätsverlusts



Alles für Pünktlichkeit

ZEICHNUNG: STUTTMANN

## Nicht genug nachgedacht

Die Pläne der Bundesregierung zur Auszeit für die Pflege kranker Angehöriger sind unausgegoren

VON UNSEREM KORRESPONDENTEN  
BERNHARD WALKER

Wie man Kinder und Beruf unter einen Hut bringen kann – darüber gab es in den vergangenen Jahren viele Debatten, die auch zu konkreten Fortschritten führten. Davon kann aber bei einer anderen Vereinbarkeit – nämlich der von Berufstätigkeit und der Pflege eines Angehörigen – keine Rede sein. Und so ist das Gesetz zur Pflegezeit, das der Bundestag am Donnerstag beschloss, nur der Auftakt zu einem überfälligen Wandel.

Dabei macht sich der erste Schritt allerdings gut. Wenn jemand erlebt, dass seine Mutter oder sein Vater zum Beispiel aufgrund einer Erkrankung von jetzt auf gleich den Alltag nicht mehr alleine bewältigen kann, steht ihm eine Auszeit von zwei Wochen zu – eine Auszeit, die man zweifellos auch braucht, um die ambulante Pflege eines Angehörigen zu organisieren oder nach einem Heimplatz zu schau-

en. Dies war bisher schon möglich. Allerdings kommt jetzt eine wichtige Ergänzung hinzu: Die Pflegeversicherung ersetzt künftig während der Auszeit ein gut Teil des Verdienstausfalls.

Die schwarz-rote Bundesregierung hätte gut daran getan, es bei dieser Neuerung zu belassen und sich mehr Zeit für eine gründliche Reform zu nehmen. Denn das, was es bisher in puncto Vereinbarkeit von Pflege und Beruf gegeben hat, hat sich nicht bewährt. Nur wenige Hundert Bürger haben seit 2012 die sogenannte Familienpflegezeit in Anspruch genommen – also die Möglichkeit, innerhalb von 24 Monaten zur Pflege eines Angehörigen weniger zu arbeiten und entsprechend weniger zu verdienen. Dies können die meisten finanziell schlicht nicht verkraften.

Und dass die Regierung jetzt Darlehen anbietet, damit Arbeitnehmer die Lücke schließen können, wird daran nichts ändern. Wer will schon Pflege auf Pump machen? Weil also die finanzielle Seite nicht stimmt, nützt jedenfalls dem Gros der Ar-

beitnehmer auch der Rechtsanspruch auf Familienpflegezeit nichts, den es künftig in Firmen mit mehr als 25 Mitarbeitern gibt.

Was also alltagstaugliche und brauchbare Wege sind, um Erwerbsarbeit und Pflege vereinbaren zu können, ist weiterhin völlig offen. Dass Familienministerin Manuela Schwesig jetzt einen Beirat schafft, der dazu Ideen sammeln soll, ist bestimmt nicht verkehrt. Aber warum hat Berlin nicht den Beirat arbeiten lassen und sich dann erst ans Reformwerk gemacht?

Die Große Koalition wollte eben ganz rasch die Botschaft verkünden, dass sie handle und wie wunderbar doch ihre Politik sei. Tatsächlich erreicht sie sehr wenig. Die Pflegezeit bleibt starr und lebensfern. So gibt es zwar künftig die Möglichkeit, sich für drei Monate freistellen zu lassen, wenn man einen todkranken Angehörigen in seinen letzten Lebenstagen begleiten möchte. Das wird aber auf die 24 Monate angerechnet – ganz so, als sei das Sterben planbar.

## Wer kooperiert, kann das Klima besser retten

Mit verschiedenen Theorien lässt sich demonstrieren, wie die Erderwärmung am besten eingedämmt werden kann

VON UNSEREM KORRESPONDENTEN  
CHRISTIAN MIHATSCH

Der Schutz des Klimas gilt als komplexeste Aufgabe der Menschheitsgeschichte. Seit 20 Jahren ist es der UN-Klimakonvention nicht gelungen, ein wirksames Abkommen abzuschließen. Die Spieltheorie zeigt aber, dass dies nicht unmöglich ist.

Zwei Männer werden eines Verbrechens beschuldigt. Doch es gibt keine Beweise. Die Männer sitzen in Einzelhaft und können sich nicht absprechen. Dann schlägt die Staatsanwaltschaft den beiden getrennt einen Deal vor: Wenn keiner die Tat gesteht, werden beide aus Mangel an Beweisen freigelassen. Wenn beide gestehen, bekommen sie jeweils zwei Jahre. Wenn nur einer gesteht, bekommt er als Kronzeuge ein Jahr und der andere vier. Das bedeutet: Kooperation, also die gemeinsame Verweigerung der Aussage wäre für beide die beste Strategie. Doch wenn sie rational handeln, werden sie die Tat gestehen. Denn ein Geständnis führt im Schnitt zu anderthalb Jahren Gefängnis, ein Nicht-Geständnis im Schnitt zu zwei Jahren. Dieses sogenannte Gefangen-Dilemma zeigt, dass absolut rational handelnde Akteure nicht zwingend zur besten Lösung, Kooperation, gelangen.

Vor genau diesem Problem stehen die Klimaverhandlungen. Kooperation, also

der gemeinsame Kampf gegen den Klimawandel, wäre die beste Strategie. Doch wenn der andere nicht mitzieht, hat der Vorreiter die ganzen Kosten, und die Klimaerwärmung geht trotzdem weiter. Aus diesem Grund ist die Klimaübereinkunft zwischen US-Präsident Barack Obama und Chinas Präsident Xi Jinping bedeutsam. Beide Akteure haben sich abgesprochen und konnten sich daher auf die beste Strategie einigen: den gemeinsamen Kampf gegen den Klimawandel.

Doch damit ist das Klimaproblem nicht gelöst: „Nicht in meinen wildesten Träumen glaube ich, dass das Abkommen von Paris die Lücke zum Zwei-Grad-Ziel schließen wird“, sagt Yvo de Boer, der frühere Chef der UN-Klimakonvention. Dort soll nächstes Jahr ein neuer Weltklimavertrag geschlossen werden, der 2020 in Kraft tritt. Wenn das Zwei-Grad-Ziel aber nicht mit einem Big Bang erreicht werden kann, dann seien die Klimaverhandlungen mit einem Gefangen-Dilemma zu vergleichen, das in mehreren Runden gespielt wird, sagt Michael Liebreich von Bloomberg New Energy Finance. „Sobald man die Klimaverhandlungen als wiederholtes Gefangen-Dilemma versteht, ändert sich alles: Die Gewinner sind dann nicht die Trittbrettfahrer, da diese aus der Familie der Handelsmächte ausgeschlossen werden.“ Gewinner sind Länder, die

„nett und klar sind, verzeihen und kooperatives Verhalten anderer belohnen, während sie unkooperatives Verhalten bestrafen“. Dies ist die Siegerstrategie bei wiederholten Gefangen-Dilemmata, wie sie Robert Axelrod in „Die Evolution der Kooperation“ beschrieben hat.

## Den Ehrgeiz unter den Ländern anstacheln

Aber die Spieltheorie alleine reicht nicht aus, um den Erfolg bei den Klimaverhandlungen sicherzustellen. Dies zeigt sowohl das Kyoto-Protokoll wie die gescheiterte Klimakonferenz in Kopenhagen im Jahr 2009. In beiden wurde ein sogenannter Top-Down-Ansatz verfolgt, also versucht von oben die erforderlichen Emissionssenkungen vorzugeben. Dies hat dazu geführt, dass nur noch ein paar europäische Länder dem Kyoto-Protokoll angehören und die Führer der Welt in Kopenhagen den vorbereiteten Vertragstext verworfen haben, um auf einem Blatt Papier ein paar wenige Punkte festzuhalten.

Seither folgen die Klimaverhandlungen einem Bottom-Up-Ansatz, das heißt, von unten her werden Klimaschutzmaßnahmen gesammelt, in der Hoffnung, dass sich die Länder gegenseitig zu Ehrgeiz an-

stacheln. Dies entspricht den Erkenntnissen der Wirtschaftsnobelpreisträgerin Elinor Ostrom, die erforscht hat, wie gemeinsame Ressourcen wie Allmenden oder eben das Klima am besten verwaltet werden. „Aufgrund der Komplexität des Problems und der Vielfalt der Akteure war ihr Vorschlag, dass Entscheidungen so nah wie möglich am Geschehen und den Akteuren getroffen werden“, schreibt das Norwegische Institut für Regionalforschung. Dabei erscheint der Top-Down-Ansatz als die logischere Variante: Wissenschaftler definieren ein CO<sub>2</sub>-Budget, das nicht überschritten werden darf, wenn das Zwei-Grad-Ziel erreicht werden soll. Anschließend teilen die Länder das Budget unter sich auf. Doch dies ist ein Nullsummen-Spiel. Jede Tonne CO<sub>2</sub>, die ein Land ausstößt, muss ein anderes Land einsparen. „Ich glaube nicht, dass das möglich ist“, sagte die Chefin der UN-Klimakonvention Christiana Figueres.

Aber braucht es dann überhaupt Klimaverhandlungen? Ja, sagt Todd Stern, der US-Verhandlungsführer: „Internationale Klimaabkommen geben den Ländern das Vertrauen, dass die anderen Länder mitziehen. Sie senden ein Signal an andere Akteure auf subnationaler Ebene und in der Wirtschaft. Und sie zwingen die Länder Maßnahmen zu ergreifen, um ihre Klimaziele auch zu erreichen.“

## PRESSESTIMMEN

## Was hätte ich getan?

Die „Mitteldeutsche Zeitung“ (Halle) schreibt zur Beisetzung Tugces: „Tugce hat gleich zwei Mal Verantwortung übernommen. Einmal, als sie Streit schlichten wollte. Und bereits zuvor, als sie entschied einen Organspendausweis auszufüllen – ein Thema, dem viele lieber ausweichen. Genauso wie Konflikten. Aus Angst, oder weil es bequemer ist, in brenzligen Situationen wegzuschauen. Schnell vorbeigehen, irgendjemand wird schon etwas machen: Das, was Tugce getan hat, wäre für viele andere nicht selbstverständlich gewesen. (...) Zurück bleibt neben der Trauer um diese mutige Frau die Frage (...): Was hätte ich getan?“

## Gegen Vorverurteilungen

Die „Rhein-Neckar-Zeitung“ (Heidelberg) meint zum selben Thema: „Natürlich ist jetzt die Stunde, die Zivilcourage zu preisen und die Tote womöglich posthum zu ehren. Aber alles andere, das darüber hinausgeht, gehört ins Reich der (...) Vorverurteilung. Die Zivilgesellschaft braucht Menschen wie Tugce, die in Not geratenen Menschen helfen. Sie braucht aber auch objektive Gerichte, die Straftaten gründlich – und gerade im Falle junger Angeklagter – auch schnell klären.“